

Das bisschen Umwelt oder nachhaltig die Welt verändern? Zukunftsfähigkeit als Gesellschaftspolitik

Zukunftsfähigkeit heißt, die Grenzen des Wirtschaftens zu akzeptieren. Positiv formuliert: Es geht um die Bewahrung der Schöpfung und ein Leben in Würde für alle durch die Verwirklichung der Menschenrechte. Wie so oft ist vor allem die Umsetzung das Problem. Auf einen breit angelegten Dialog der unterschiedlichen Interessengruppen zu setzen, hat sich meist als trügerische Hoffnung erwiesen. Die Suche nach einem Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen einerseits und sozialen und ökologischen Belangen andererseits führt offenbar nur zu eng begrenzten Ergebnissen. Zudem werden ökologische Belange zwar zunehmend berücksichtigt, gleichzeitig jedoch ökonomischen Interessen unterworfen. Angesichts der globalen Herausforderungen greift dies zu kurz. Letztlich geht es nicht nur um „ein bisschen Umwelt“, sondern um den radikalen Umbau der gesamten Gesellschaft – um eine Umstellung auf Produktions- und Konsummuster, die soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit als Grenzen des Wirtschaftens anerkennen.

Michael Frein

Punktuelle Verbesserungen haben sie gebracht. Von vielen wurden sie dennoch belächelt. Eine Busspur, ein Fahrradweg, kommunale Unterstützung für den Weltladen – das waren nicht selten die Erfolge anstrengender und langwieriger Agenda-Prozesse.

Den Königsweg zu einer zukunftsfähigen Politik, so wurde schnell klar, hatte man in den neunziger Jahren nicht gefunden. Wie hätte das auch sein können? Der Gedanke, dass Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft nur einmal ordentlich miteinander reden müssen, und sich dann quasi automatisch, wie von unsichtbarer Hand, die Einsicht durchsetzt, dass es so nicht weiter gehen kann, dieser Gedanke war, vorsichtig formuliert, auch etwas gewagt. Und im Grunde gab es außer einem dicken UN-Dokument, der Agenda 21, wenig Anlass zu der Vermutung, dass der Unternehmer, gestählt durch die neuen Einsichten, das Prinzip der Gewinnmaximierung aufgeben und stattdessen zum sozial-ökologischen Vorkämpfer werden würde. Dies war ebenso wahrscheinlich wie die Hoffnung, dass eherne Verwaltungsgrundsätze sich in ökologische Politik verwandeln würden. Und natürlich konnte sich auch der Umweltaktivist weder für die Belange der Verwaltung noch für die Anliegen der Wirtschaft wirklich erwärmen.

Das Missverständnis bestand darin, zu glauben, dass die jeweiligen Partikularinteressen mit Hilfe von Dialog und Einsicht hätten überwunden werden können, so dass sich neue Horizonte für eine nachhaltige Politik öffnen. „Es gibt keine Interessen, daher auch keine Gegensätze, folglich nur noch Menschen, die sich der überzeugendsten Leitbilder zur Rettung aus dem ökologischen Schlamassel bedienen können“, kritisierte Elmar

Altwater Mitte der 1990er Jahre.¹ Und in der Tat hielten sich die Erfolge der Runden Tische meist in Grenzen. Für viele Umweltschützer und entwicklungspolitisch Engagierte hat sich der Runde Tisch als kantiges Möbelstück erwiesen.

Nicht unschuldig daran war das Nachhaltigkeitsdreieck. Mit diesem Bild wurde suggeriert, nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung sei das Ergebnis eines Interessenausgleichs zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Ein solches Gleichgewicht herzustellen, galt als Schlüssel zum Erfolg. Die Hoffnung trug. Tatsächlich erlaubte das Dreieck jedem Akteur, in seiner Ecke zu verharren und die jeweils anderen zu konstruktiven Beiträgen zu mahnen, um das – vorgeblich gemeinsame – Ziel zu erreichen.

Aber schon über dieses Ziel, eine nachhaltige Entwicklung, herrschte Unklarheit. Der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ trat ab Mitte der 90er Jahre einen famosen Siegeszug an. Alles musste nachhaltig sein, von der Rentenversicherung über die Atomkraft bis zur Friedhofsordnung. Nicht selten diente das Wort auch schlicht als Synonym für Umweltschutz. Nachhaltigkeit war modern, über eine Funktion als schmückendes Beiwerk oder zusätzliche Legitimation kam der Begriff jedoch kaum hinaus.

Denn der Preis der Popularität war die Beliebigkeit. Jeder drehte, formte und quetschte das Nachhaltigkeitskonzept so lange, bis es passte. Unternehmen druckten Nachhaltigkeitsberichte in Hochglanz, die Bundesregierung formulierte eine Nachhaltigkeitsstrategie, nachhaltige

Geldanlagen wurden attraktiv, Entwicklungs- und Umweltorganisationen forderten von der Politik mehr Nachhaltigkeit. Nachhaltig verändert hat all das wenig, jedenfalls zu wenig.

Das muss künftig anders werden. Denn die Probleme, die die Nachhaltigkeitsdebatte in den neunziger Jahren lösen wollte, sind keineswegs vom Tisch. Im Gegenteil: Die Klimakrise hat sich verschärft, Armut und Ungerechtigkeit haben zugenommen, die biologische Vielfalt ist stärker bedroht denn je. Patentrezepte, wie die Probleme zu lösen wären, gibt es nach wie vor nicht. Aber die Debatte um Nachhaltigkeit oder, wie es auch heißt, Zukunftsfähigkeit, hat sich weiterentwickelt. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat das Wuppertal Institut geliefert, das im Oktober 2008 im Auftrag von Brot für die Welt, BUND und dem Evangelischen Entwicklungsdienst die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vorlegte.²

Leitplanken statt Dreieck

Ob das Bild einer Straße, das bevorzugte Feindbild vieler Umweltschützer, für die Beschreibung von Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit glücklich gewählt ist, sei dahin gestellt. Jedenfalls kann ihm eine gewisse Erklärungskraft nicht abgesprochen werden.

In der Studie des Wuppertal Instituts symbolisiert die Straße – oder vielleicht schöner, der Weg – die sozio-ökonomische Entwicklung, also, wenn man so will, menschliches Leben und Wirtschaften. Allerdings hat die Straße auch Grenzen, an der einen wie an der anderen Seite befinden sich Leitplanken. Diese Leitplanken stehen einerseits für die Umwelt, die natürlichen Lebensgrundlagen. Die begrenzte Aufnahmekapazität der Atmosphäre für Treibhausgase stellt zugleich auch eine Grenze für menschliches Wirtschaften dar. Zwar ist es möglich, diese Grenze zu verschieben – etwa durch effizientere Nutzung von Energieträgern und anderen Ressourcen. Der entscheidende Punkt aber ist: Eine Grenze bleibt. Wir haben nur einen Planeten.

Auf der anderen Seite wird der Weg durch die Menschenrechte markiert, wobei hier sowohl die

¹ Elmar Altwater: Der Traum vom Umwelttraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1996, S. 89. Altwater bezieht seine Kritik hier auf die erste 1996 erschienene Studie: Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie im Auftrag von BUND und Misereor. Basel 1996.

² Wuppertal Institut: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Hg. von Brot für die Welt, EED, BUND. Frankfurt 2008.

bürgerlich-politischen wie auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gemeint sind, wie sie in den beiden UN-Pakten von 1966 völkerrechtlich verbindlich verankert sind. Um Beispiele zu nennen: Es geht also sowohl um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit als auch um das Recht auf Nahrung, Bildung und Gesundheit.

Zukunftsfähig ist eine Entwicklung, die nicht mit den Leitplanken kollidiert, die mithin nicht mit Menschenrechtsverletzungen oder einer übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen einhergeht. So, wie jeder Mensch auf einer Straße Unfälle zu vermeiden sucht, so sollte eine nachhaltige Entwicklung die Rechte der Natur wie die Rechte des Menschen beachten.

Das Nachhaltigkeitsdreieck ist damit passé. Das neue Bild verstellt auch einer gern benutzten Argumentationsfigur den Raum, wonach das Nachhaltigkeitsdreieck dynamisch zu interpretieren sei. Demnach könnte, entsprechend der aktuellen Erfordernisse, eine Ecke Vorfahrt gegenüber den anderen erhalten. Die Balance zwischen den drei Ecken könnte dann im Zeitverlauf hergestellt werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten (also praktisch immer) hätten demnach soziale und ökologische Belange zurückzustehen, was dann in besseren Zeiten (also praktisch nie) wieder auszugleichen wäre.

Solcher Beliebigkeit sucht das Bild der Leitplanken zu begegnen. Der derzeitige Ausstoß an Treibhausgasen etwa ist – global wie in den Industrieländern – eindeutig zu hoch, die Kollision mit der Leitplanke Umwelt kann im Sinne nachhaltiger Entwicklung weder gezeugnet noch damit entschuldigt werden, dass, etwa wegen der Wirtschaftskrise, der Klimaschutz vorübergehend von nachrangiger Bedeutung wäre. Eine solche Politik kollidiert mit den Leitplanken, sie ist nicht nachhaltig.

Vorreiter statt Runde Tische

Die mit der Flexibilität des Dreiecks verbundenen Probleme verweisen darauf, dass Zukunftsfähigkeit durchgesetzt werden muss – auch gegen widerstrebende Interessen. Das Instrument der Runden Tische, das letztlich auf konsensuale Lösungen setzt, weicht damit einem Ansatz, der von einem konfliktiven Prozess ausgeht.

Der Hintergrund ist offensichtlich: In den 90er Jahren mangelte es nicht an Akteuren, die die Dialoge der Agendaprozesse vorwiegend dazu nutzten, eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu vermeiden, indem sie mit Hilfe des Nachhaltigkeitsdreiecks die Leitplanken wegzudiskutieren versuchten.

Als erfolgreicher hat sich dagegen der Ansatz der Vorreiter erwiesen. Die ersten, die Solarpanels auf ihren Dächern installierten, galten in den Augen ihrer Nachbarn vermutlich als komische Vögel. Inzwischen haben die Pioniere sich durchgesetzt. Solarpanels gelten als schick, die Einspeisung der Energie ins Netz wird gesetzlich gefördert, das Ganze ist eine kluge Investition.

Nun mag man einwenden, dass auf diese Art und Weise mit einem zukunftsfähigen Verhalten auch noch Geld zu verdienen sei, sich mithin in gewisser Weise das *win-win-Versprechen* des Nachhaltigkeitsdreiecks bewahrheitete. Jedoch ist ein ökonomischer Vorteil für Nachhaltigkeits-Pioniere keinesfalls unabdingbar. Eindrucksvolles Beispiel sind die Bezieher von Öko-Strom. Was vor über zehn Jahren einige Unentwegte begannen, verbreitet sich heute zusehends – und zwar trotz meist höherer Kosten.

Ein anschauliches Beispiel für einen konfliktiven Prozess, der mit dem Durchsetzen von Zukunftsfähigkeit verbunden ist, liefert auch der Kampf gegen Kohlekraftwerke. Die Erfolge der Klima-Allianz sind immer auch Ergebnis eines Konflikts mit den Stromkonzernen.³ Ein Runder Tisch, der über einen Dialog von Umweltschützern, Entwicklungsorganisationen und den großen Energieversorgern zu dem Ergebnis kommt, dass aus Gründen des Klimaschutzes auf neue Kohlekraftwerke zu verzichten sei, ist fürwahr eine abwegige Vorstellung.

Staat statt Neoliberalismus

Bei all dem spielt die Lenkungsfunktion des Staates eine wichtige Rolle. Ohne das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die Energieversorger zur Abnahme des produzierten Stroms zu garantierten Preisen zwingt, wären die Solardächer vermutlich nicht annähernd so verbreitet, wie dies heute der Fall ist. Denn ohne das EEG wäre Öko-Strom sicherlich nicht konkurrenzfähig.⁴

3 <www.klima-allianz.de>.

4 Dies gilt im Übrigen auch für nicht nachhaltige Energieversorgung. Ohne die – offene und versteckte – Förderung der Kernenergie würden die Energiekonzerne auf ihrem Atomstrom sitzen bleiben.

Das heißt, der Staat muss die richtigen Anreize setzen, damit Zukunftsfähigkeit sich durchsetzen kann oder zumindest Rückenwind bekommt.

Die Notwendigkeit staatlicher Lenkung besteht auch für die andere Leitplanke, die Menschenrechte. So ist das Verhältnis von Patentrecht und Menschenrechten – auf globaler Ebene wie auch in Deutschland – keinesfalls widerspruchsfrei.⁵ Beispiele sind der Zugang zu bezahlbaren Medikamenten oder zu Saatgut.⁶

Gleichzeitig befördert das Patentrecht Biopiraterie. Es sanktioniert in keiner Weise Verstöße gegen die UN-Konvention über die biologische Vielfalt (*Convention on Biological Diversity*, CBD), die die Erlaubnis zur Nutzung von Wirkstoffen aus ausländischen Heilpflanzen, etwa für Medikamente und Kosmetika, an die vorherige, informierte Zustimmung der Betroffenen knüpft. Das sind in aller Regel Regierungen aus Entwicklungsländern und indigene Völker, die sich durch Biopiraterie zusätzlich ihres traditionellen Wissens beraubt sehen.⁷

Mit anderen Worten: Das Patentrecht kollidiert mit beiden Leitplanken, mit – auf der Ebene der Vereinten Nationen – völkerrechtlich verbindlich kodifiziertem Umwelt- und Menschenrecht. Die Staaten sind gefordert, diesen Rechtsbereich so zu regeln, dass Unfälle in Form eines Abweichens vom Weg nachhaltiger Entwicklung künftig unterbleiben.

Dies gilt letztlich für die gesamte Wirtschaft. Die Liberalisierungsprozesse der Vergangenheit haben zu einem globalen Standortwettbewerb geführt, der durch die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten vorangetrieben wird. Mit anderen Worten: Das Ringen um globale Wettbewerbsfähigkeit führt zu einem unablässigen Raubbau an der biologischen Vielfalt, wie es etwa im Amazonasgebiet mannigfaltig zu beobachten ist. In Entwicklungsländern herrschen vielfach unerträgliche Arbeitsbedingungen, in Deutschland Sozialdumping, Lohndruck, Kinderarmut und eine sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich.⁸

5 Michael Frein: Patentrechte und Menschenrechte. Fragezeichen, Widersprüche und Probleme aus entwicklungspolitischer Sicht. Hg. vom EED. Bonn 2009.

6 Zoe Goodman: *Seeds of Hunger; Intellectual Property on Seeds and the Human Right Response*. Hg. von 3DThree. Genf 2009.

7 Michael Frein, Hartmut Meyer: Die Biopiraten. Milliardengeschäfte der Pharmaindustrie mit dem Bauplan der Natur. Berlin 2008.

8 vgl. etwa Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit (Hg.): Reichtum, Macht, Gewalt. Sicherheit in Zeiten der Globalisierung. Jahrbuch Gerechtigkeit II. Oberursel 2006.

Auch hier ist staatliche Lenkung gefordert. Was eine Politik anrichtet, die Marktversagen nicht einkalkuliert, zeigt die aktuelle Wirtschaftskrise. Der Liberalisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte muss umgekehrt werden. Dabei geht es nicht um einen einfachen Protektionismus zum Wohle der nationalen Wirtschaft, wohl aber um staatliche Lenkung anstelle von *Laissez-fair*.

Zölle, Sozial- und Umweltstandards, Subventionen – all dies können hilfreiche Instrumente sein, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Allerdings dürfen sie von den Industrieländern nicht als Handelshemmnisse zum bloßen Schutz der heimischen Wirtschaft eingesetzt werden. Von daher sind im internationalen Handelssystem vor allem zwei Ungleichheiten anzugehen: Zum einen ist anzuerkennen, dass Entwicklungsländern faktisch nur Zollerhöhungen als Instrumente für die Importsteuerung zur Verfügung stehen. Deshalb müssen Industrieländer darauf verzichten, Entwicklungs- und Schwellenländer im Rahmen der Welthandelsorganisation und in bilateralen Freihandelsverträgen zu Zollsenkungen zu drängen. Zweitens müssen Maßnahmen zur Importkontrolle in Industrieländern, die auf die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards zielen, immer von Maßnahmen begleitet werden, die entsprechende Wohlfahrtsverluste in Entwicklungsländern ausgleichen und sie gleichzeitig in die Lage versetzen, die geforderten Standards zu erfüllen.

Nachhaltigkeit erfordert einen aktiv lenkenden Staat. Wenn die Regierungen sich durch weitere Liberalisierung der Instrumente berauben, die Märkte zu steuern, so kann man von einem gleichzeitigen Politik- und Marktversagen sprechen. Die Kollision mit den Leitplanken eines nachhaltigen Entwicklungspfadens ist zwangsläufig.

Es kann deshalb nicht länger darum gehen, einen Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen einerseits und sozialen und ökologischen Interessen andererseits zu suchen; vielmehr hat die Wirtschaft gegenüber den ökologischen Erfordernissen und den in den Menschenrechten kodifizierten sozialen Bedürfnissen eine dienende Funktion. Dies sicherzustellen, ist Aufgabe staatlicher Lenkungs politik.

Gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess statt Umweltschutz

Die notwendigen Veränderungen, so zeigt sich, gehen über den Tellerrand der Umweltpolitik

weit hinaus. Wer Nachhaltigkeit als Synonym für Umweltschutz benutzt, redet die Herausforderung – wissentlich oder unwissentlich – klein.

Beispiel Klimaschutz: Bei den internationalen Klimaverhandlungen geht es nicht nur um Umwelt, sondern gleichzeitig um Wirtschaft. Denn die Kehrseite der Verpflichtung zur Emissionsminderung sind Emissionsrechte, die – bei einem gegebenen Stand der technischen und sozialen Entwicklung – eine Obergrenze für wirtschaftliches Handeln markieren. Mit anderen Worten: Im Rahmen der Klimaverhandlungen werden – unter anderem – die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Entwicklung verteilt.

Diese Grenzen bilden dann auch die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums. Wie aber wäre eine Gesellschaft ohne Wachstum vorzustellen? Das hieße dann, um einige Stichworte zu nennen, eine Veränderung der Lebensstile, weg von der Konsumgesellschaft eines „Schneller – höher – weiter“ hin zu einem genügsamen Lebensstil des „Anders – besser – weniger“.

Fazit: Radikale Umkehr ist nötig!

Das Letztgenannte, das Weniger, ist eine entscheidende Komponente. Allein durch Effizienzsteigerungen qua technologischer Entwicklung wird die Menschheit den Erfordernissen des Klimawandels offenbar nicht gerecht. Hinzu kommt, dass die Menschen in Industrieländern ihr Konto erheblich überstrapazieren. Das heißt, es führt für die Einwohner von Deutschland und anderen Industrieländern kein Weg daran vorbei, weniger zu konsumieren.

Suffizienz in den Lebensstilen und der Abschied vom Wirtschaftswachstum hat jedoch weitere Konsequenzen, etwa die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung für alle und einer gerechten Verteilung der Arbeit. Kurze Vollzeit für alle, so lautet das Schlagwort, das für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit auf etwa dreißig Stunden wöchentlich steht. Daran schließt sich unmittelbar die Frage des Lohnausgleichs an, wobei die Antwort wiederum in einem (bedingungslosen) Grundeinkommen gesucht wird.

Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist also (noch) steiler und steiniger, als man zunächst vielleicht vermuten mag. Letztlich geht es nicht nur um „ein bisschen Umwelt“,

sondern um den radikalen Umbau der gesamten Gesellschaft, um eine Umstellung auf Produktions- und Konsummuster, die soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit als Grenzen des Wirtschaftens anerkennen.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hat nur dann eine Chance, wenn er mit einem umfassenden sozialen Wandel einhergeht. Deutlich wurde dies, als um die Jahreswende 2007/2008 eine hitzige Debatte über Sozialtarife für Energie losbrach. Hintergrund waren – angetrieben durch Spekulationen und Monopole – extrem steigende Energiepreise, die befürchten ließen, dass sich die ärmeren Bevölkerungsgruppen in absehbarer Zukunft weder Strom noch Heizung würden leisten können. Einer breiten Öffentlichkeit wurde deutlich, dass höhere Preise zu extremen sozialen Schief lagen führen können: Die Armen bleiben zu Hause und frieren, wer es sich (noch) leisten kann, dreht die Heizung auf beziehungsweise flüchtet per Auto oder Flugzeug in wärmere Gefilde. Mit anderen Worten: Eine Lenkungs funktion allein über den Markt verstärkt soziale Ungleichheiten, indem er die weniger Kaufkräftigen ausschließt.

Vieles spricht dafür, dass dies, wie es in der genannten Situation zumindest ansatzweise der Fall war, zu Protesten und einer Debatte über den gerechten Zugang zu Energie führt. Seinerzeit wurde das Problem durch die Weltwirtschaftskrise gelöst, die Spekulationsblasen platzen, die (künstlich erzeugte) Knappheit war damit beendet, die Preise fielen wieder.

Der Unterschied zu dem Szenario, das uns bevorsteht, besteht im Wesentlichen darin, dass die Knappheit künftig nicht durch Marktversagen erzeugt wird, sondern echt ist. Sie ist sowohl in der Verknappung der Ressourcen, etwa fossiler Brennstoffe, als auch in der Überbelastung der Atmosphäre durch Treibhausgase begründet. Hinzu kommt, dass mit den Schwellenländern wie China und Indien neue Akteure auf den Plan treten, die sich anschicken, die Produktions- und Konsummuster der Industrieländer zu übernehmen – das heißt, die Konkurrenz um knappe Güter wächst. Eine alle Interessen befriedigende Lösung, die durch Marktmechanismen herbeigeführt wird, ist nicht zu erwarten. Technische Lösungen alleine reichen nicht aus. Daher bedarf es zusätzlich politischer Lösungen, die den Zugang zur Nutzung der natürlichen Ressourcen regeln und neuer gesellschaftlicher Organisationsformen, die die Nutzung der weniger werden Ressourcen so organisieren, dass sie jedem

Menschen, ob in Deutschland, in China oder in Tansania, in größtmöglicher Weise dienlich sind.

Zukunftsfähigkeit reicht weit über Hybridautos oder Energiesparlampen hinaus. Auf der Tagesordnung steht der Umbau der Konsum- und Wegwerfgesellschaft. Dies kann nur gelingen, wenn man diejenigen ins Boot holt, die am Rande ihrer Gesellschaften leben oder ausgeschlossen sind. Angesichts begrenzter Ressourcen, großer sozialer Ungleichheit auch in den reichen Ländern und – globaler gesehen – einer Übernutzung

der natürlichen Ressourcen durch die Menschen in Industrieländern, ist dabei mit erheblichen Konflikten zu rechnen. Dass konsensuale Problemlösungsstrategien an Runden Tischen zum Erfolg führen, ist unwahrscheinlich. Stattdessen muss der Umbau mit demokratischen Mitteln, durch Protest, Überzeugung und Pioniertätigkeit vorangetrieben werden. Negativ formuliert, geht es dabei darum, den ökologischen Kollaps und die absehbaren Konflikte um die Nutzung der letzten Ressourcen zu vermeiden. Positiv formuliert, geht es um die Frage: „Wie wir leben

wollen und wie alle Menschen in Einklang mit dem, was wir selbst schätzen, leben können.“⁹

Michael Frein ist Referent der Arbeitsstelle Handel und Umwelt des Evangelischen Entwicklungsdienstes.

⁹ Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland Gütersloh 2009, S. 145.